

Kein Kriegsdenkmal in Marburg-Bortshausen

In dieser Ausgabe wollen wir uns ausführlicher mit dem Thema Militarismus und Revisionismus in Marburg beschäftigen. Anlass ist die derzeitige Debatte um das Kriegsdenkmal in Bortshausen, das kürzlich von der Kameradschaft Marburger Jäger auf einem Rasenplatz am Dorfeinde aufgestellt worden ist. Im Folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt, das die „Bürgerinitiative Kein Kriegsdenkmal in Marburg-Bortshausen“ verfasst hat. Darin wird deutlich, dass in Marburg ein brauner Sumpf existiert, der immer mal wieder ein Blubbern erzeugt, das wegen seines üblen Gestankes zu Gegenreaktionen zwingt.

Redaktion

In einer Kleingartenanlage am öffentlichen Radweg, in unmittelbarer Nähe zum alten Ortskern von Bortshausen steht seit diesem Mai ein über 3 Meter hohes steinernes Kriegsdenkmal mit eisernen Kreuzen und der Aufschrift „Mit Gott, für König und Vaterland“. Aufgestellt wurde der Stein von der Kameradschaft Marburger Jäger / 2. Panzergrenadierdivision. Das Denkmal soll an gefallene „Helden“ aus dem französisch-deutschen Krieg 1870/71 und aus den beiden Weltkriegen erinnern. Ein historischer oder anderer sinnvoller Bezug zum Dorf Bortshausen besteht nicht. Obwohl die Dorfbewohner_innen bis heute über den Vorgang weder informiert noch befragt wurden, behaupten die Marburger Jäger und der Ortsvorsteher, „die Mehrzahl habe nichts gegen das Denkmal“.

Die Kameradschaft, die seit einigen Jahren in einem Fachwerk-Wohnhaus in Bortshausen ihre sogenannte Jägerkaserne betreibt, wollte das Denkmal, das zuvor immer auf Militärgelände stand (erst auf dem alten Marburger Schießplatz im heutigen Stadtteil Waldtal, dann in der Marburger Tannenbergekaserne und schließlich in der Kaserne in Neustadt), zurück nach Marburg holen. Der rot-grüne Magistrat lehnte es jedoch „unter Kenntnis der in Marburg kontrovers geführten Diskussion um die Kameradschaft Marburger Jäger“ ab, das Krieger-

denkmal „in einer öffentlichen Grünanlage oder auf dem Hautfriedhof“ (kleine Anfrage im Stadtparlament vom 16.07.2011) zu platzieren.



Mahnmal zum Frieden?

Nachdem Einwohner_innen von Bortshausen bereits im Frühjahr dieses Jahres eher zufällig von der geplanten Denkmalaufstellung erfahren hatten, richteten sie sich unverzüglich mit einem Anschreiben an den Ortsvorsteher Holger Jung: „Wir möchten Ihnen hiermit mitteilen, dass wir, die Unterzeichneten, ausdrücklich kein solches Kriegsdenkmal in Bortshausen wünschen und über Vorhaben wie diese, die auch das Bild des Ortes verändern und gestalten, im Vorfeld zukünftig gerne informiert werden möchten.“

Unterzeichnet wurde dieser Brief von zehn Anwohnern_innen, die zu dieser Zeit von dem Vorhaben wussten. Der Protest wurde ignoriert und das Denkmal aufgestellt. Erst auf einen erneuten Brief an die Mitglieder des Ortsbeirats reagierte der Ortsvorsteher und berief eine Sitzung ein. Die aufgeworfenen Fragen konnten auch hier nicht geklärt, die geäußerten Bedenken nicht entkräftet werden. Die Einwände wurden lediglich klein geredet und verharmlost, deshalb blieb der Protest deutlich formuliert aufrecht erhalten. Da auch die Marburger Behörden und beide Bürgermeister jede weitere Verantwortung oder Beteiligung an dem weiteren Vorgang abstritten, wandten die Anwohner_innen sich mit ihrer Beschwerde und den folgenden Fragen an die Opposition:

1. Warum wird ein Kriegsdenkmal aus dem 19. Jahrhundert im Jahre 2011 heimlich und aus jedem vernünftigen Kontext herausgerissen an einem Ort aufgestellt, mit dem es nichts zu tun hat und wieso wurde dies politisch wie denkmalschutzrechtlich nicht verhindert?
2. Was soll dieses Denkmal aus ehemaligen Militäranlagen mit all seiner martialischen Beschilderung nun hier im friedlichen Bortshausen, ohne jeden inhaltlichen oder historischen Bezug zum Standort?
3. Warum wurde es den Anwohnern_innen, ohne sie zu informieren,

Fortsetzung von Seite 1

ungefragt und gegen ausdrücklichen Protest einfach „aufs Auge gedrückt“, und wie wurde diese Angelegenheit kommuniziert, entschieden, ermöglicht und finanziert?

4. Die Frage, ob der Magistrat der Stadt Marburg diesen ungeheuerlichen Vorgang entgegen bisheriger Verlautbarungen unterstützt hat, ist mittlerweile beantwortet: Eine geldwerte Unterstützung durch die Stadt wurde von Oberbürgermeister Egon Vaupel inzwischen eingestanden.

Die öffentliche Behauptung der Kameradschaft, die Aufstellung sei in Einvernehmen mit dem Bundesverteidigungsministerium geschehen, wurde durch eine vorliegende Stellungnahme des Ministeriums inzwischen widerlegt.

Die feierliche Einweihung des Denkmals am 27.08.2011 mit uniformierten Fackelträgern, militärischen Ehren und Blaskapelle, die Beschilderung des Platzes als „Platz der 2. Panzergrenadierdivision“, das vermehrte Aufmarschieren der Kameraden rund um ihren neuen Wallfahrtsort, der Versuch der Einschüchterung von Anwohner_innen, die ihren Protest aufrechterhalten, die Ignoranz und Verstrickung der Politik zeigen, wie berechtigt die Einwände gegen das Denkmal und die Vorgänge um seine Aufstellung am derzeitigen Standort sind: Bortshausen ist kein Militärgelände und braucht auch im 21. Jahrhundert keinen rückwärtsgewandten Kriegsheldenkult aus dem vorvorigen Jahrhundert! Diese und die folgenden Informationen sollen über den Vorgang und seine Hintergründe aufklären.

Die Marburger Jäger und die Kameradschaft Marburger Jäger / 2. Panzergrenadierdivision

Die Kameradschaft Marburger Jäger stellt das Denkmal als „Mahnmal für den Frieden“ und als einen Ort dar, an dem der Gefallenen gedacht werden soll. Zunächst muss daran erinnert werden, dass sowohl die Stadt als auch der Landkreis bereits offizielle Stätten zum Gedenken an die Gefallenen der Kriege 1870/71, 1914/18, sowie der Opfer des 2. Weltkrieges geschaffen

hat. Die Marburger Jäger haben zudem mit dem Schülerpark bereits eine Gedenkstätte zur Verfügung gestellt bekommen. Orte, ihrer Gefallenen zu gedenken, gibt es also genug.

Der Blick in die Geschichte der Marburger Jäger lässt an der Funktion des Denkmals als „Mahnmal“ gegen den Krieg zweifeln. 1870 zog das Jägerbataillon Nr. 11 in den Krieg gegen Frankreich und wurde in den Schlachten in Weißenburg, Wörth und Sedan aufgerieben. Was weniger Beachtung findet, ist seine Rolle nach Kriegsende: Die Marburger Jäger blieben vor Paris stationiert, um die französische Armee im Kampf gegen die Pariser Kommune (II) zu unterstützen. Die Aufgabe bestand darin, vor den französischen Soldaten fliehende Männer, Frauen und Kinder wieder in die Stadt und somit ins offene Feuer zurückzutreiben.



Denkmal vor der Enthüllung

Der Augenzeuge Döring beschreibt in seinem Kriegstagebuch „schreckliche, jammervolle Szenen vor seinen Augen“. Im Jahr 1900 waren die Marburger Jäger an der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China (Wilhelm II: „Gefangene werden nicht gemacht!“) beteiligt. 1904/05 rückten sie nach Deutsch-Südwest-Afrika (heute: Namibia) gegen rebellierende Einheimische aus: knapp 20.000 von 80.000 Herero und 20.000 von 40.000 Nama überlebten den Völkermord, bei dem die Marburger die Treffsicherheit ihrer neuen Gewehres (98K) erprobten.

Im 1. Weltkrieg wurden drei Jägerbataillone aufgestellt, die an vielen Fronten Europas und im Vorderen Orient eingesetzt wurden. Als die Jäger 11 im November 1918 nach Marburg zurückkamen, holten sie zunächst die rote Fahne vom Kasernendach und setzten den Marburger Arbeiter- und Soldatenrat ab. Die Reserve-Jäger 11 waren vor ihrer endgültigen Rückkehr noch mit „Ordnungsaufgaben“ in Oberschlesien betraut, wie den amtlichen Kriegstagebüchern zu entnehmen ist: „... so standen die tobenden Massen [=Demonstranten] vor uns. (...) Jetzt richtete man das Maschinengewehr auf die Menge. 16 oder 17 Tote und 21 grässlich Verwundete ließ die Masse zurück. (...) Ohne Übertreibung können wir uns rühmen, der Bevölkerung ein Schutz und Hort gewesen zu sein. (...) Darauf sind wir 11. Reserve-Jäger stolz.“ Zwar wurden die Jägereinheiten aufgelöst, aber in der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte blieben die Jäger als Studenten oder als Soldaten in der Jägerkaserne präsent. Letztere bewaffneten das Marburger Studentenkorps, welches 1920 in Thüringen 15 Arbeiter auf einem Transport ermordete. 1933 übernahm die Marburger SA offiziell die Tradition der Marburger Jägerbataillone: sie nannte sich ab nun SA-Standarte Jäger/11. Diese organisierte den Boykott jüdischer Geschäfte, die Verfolgung von Sozialdemokrat_innen, Kommunist_innen und Gewerkschafter_innen, Terrormaßnahmen gegen die jüdischen Bürger_innen und zerstörte im November 1938 die jüdische Synagoge Marburgs. 1945 wurden die Jäger/11 durch die Alliierten verboten.

60 Jahre nach Auflösung der Jägermilitärverbände und 34 Jahre nach dem Jäger-SA-Verbot gründete sich 1979 eine „Kameradschaft Marburger Jäger“, in der sich die letzten Weltkrieg I-Veteranen, ehemalige SA- und SS-Männer sowie Bundeswehrsoldaten zusammenschlossen, um Militarismus, Vaterland und Männerehre hochzuhalten. In den 80er Jahren verbot ihnen der Kirchenvorstand, weiterhin propagandistische Reden am Hindenburggrab in der Elisabethkirche zu halten. Als die Geschichtswerk-

statt und Friedensaktivisten 1989 ein Deserteure-Denkmal am Rande des Schülerparks aufstellten, wurden sie aus den Reihen der ihren Jägertag abhaltenden Marburger Kameraden und ihren Gästen beschimpft: „Ihr seid doch vom Juden bezahlt!“ Angesichts dieser Geschichte sind die aktuellen Beteuerungen der Jägerkameraden zu Frieden und Völkerverständigung wenig glaubhaft.

Politische Ausrichtung und Verbindungen der Kameradschaft

Die Kameradschaft Marburger Jäger ist ein militärischer Traditionsverein mit einer politischen Ausrichtung, deren Verbindungen und Kontakte ins rechte und neonazistische Lager führen. Die Kameradschaft hat nie den Versuch unternommen, die Rolle ihrer Mitglieder während des Nationalsozialismus zu reflektieren und aufzuarbeiten. So verwundert es nicht, dass auch SS-Mitglieder und Nazi-Richter wie Helmut Günther und Erich Schwinge in die Kameradschaft Marburger Jäger integriert wurden. Mit der Zielsetzung, entsprechende Kontakte aufrechtzuerhalten, wurden regelmäßige Fahrten zum „Ulrichsbergtreffen“ in Österreich durchgeführt. Dort gab es keinerlei Berührungängste zu extremistischen Kreisen und so wurde mit alten Kameraden des 2. Weltkrieges, SS-Veteranen und Neonazis der vollbrachten Leistungen gedacht. Langjähriger Hauptaktivist der Kameradschaft Marburger Jäger war der Träger des „Goldenen Ulrichsbergabzeichens“ Erwin Schermuly. Er propagierte einen scharfen Rechtskurs und sein Kampf galt der Hochhaltung des Deutschtums. Noch 1975 verfasste er eine kurze Geschichte der „Hessischen Jäger“, auf deren ersten Seiten das Bild Hitlers als Obersten Befehlshaber im 2. Weltkrieg erscheint, mit dem Hinweis, dass man sich gegen die „Umerziehung“ der Alliierten wehren müsse. Weiterhin vertritt er die Meinung, dass Deutschland größer sei, als die BRD.

Wiederholt waren bei Veranstaltungen der Kameradschaft Marburger Jäger Referenten zu Gast, die in der rechten Szene Rang und Namen haben, wie der rechte Publizist Hans-Ulrich Kopp (Mitglied der radikalen Burschenschaft Danubia München, Mitglied des rechtsextremen Witiko-



Deserteursdenkmal im Dezember 2011

bundes), der in Verfassungsschutzberichten erwähnte Ex-Soldat Alfred Mechtersheimer (Autor in Publikationen der „Neuen Rechten“) und Ex-Republikaner Emil Schlee. Mit der Unterstützung und der personellen Verflechtung der Kameradschaft Marburger Jäger mit der Fördergemeinschaft für Soldatenverbände versuchte man im Rahmen der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in Marburg Stimmung zu machen gegen alle Kräfte, die die heroische Sichtweise auf das deutsche Soldatentum der militärischen Traditionsvereine kritisierten. Man schreckte auch nicht davor zurück mit REP- und NPD-Politikern, rechten Publizisten, Geschichtsrevisionisten und Neonazis, wie Eike Erdel, Alfred Horst, Manfred Roeder, Roy A. Godenau, Björn Clemens, Gerhard Lengelsen und Martin Dembowsky auf Veranstaltungen gemeinsame Sache zu machen. Insbesondere offenbarte sich die Nähe der Soldatenverbände zu dem Republikanischen Hochschulverband und den Marburger Burschenschaften Normannia Leipzig, Teutonia-Germania und Rheinfranken, da viele Treffen auf Burschenschafthäusern stattfanden. Diese Marburger Burschenschaften sind Mitglieder im Dachverband der Deutschen Burschenschaft (DB). Dieser extrem rechte und völkische Verband beharrt auf der Rückgabe der deutschen Ostgebiete und fordert die Wiederherstellung des Deutschen Reiches. In ihren Statuten gilt ein völkischer Nationenbegriff. Das Volk wird nicht über die Staatsangehörigkeit definiert, sondern über die Abstammung und Herkunft. Das Singen der 1. und 2. Strophe des Deutschlandliedes gehört zur Normalität. Holocaustleugner und NPD-Funktionäre sind regelmäßige und gern gesehene Gäste auf den Verbindungshäusern der deutschen Burschenschaft, so

z.B. Horst Mahler bei der Burschenschaft Rheinfranken in Marburg im Jahre 2000. Auf einer geplanten Veranstaltung der Fördergemeinschaft für Soldatenverbände im Haus der Burschenschaft Teutonia-Germania in Marburg am 9. August 2001 sollte der Referent Wolfgang Juchem einen Vortrag halten. Ob auf Rudolf-Heß-Gedenkmärschen, bei den Hetendorfer Tagungswochen des Neonazis Jürgen Rieger oder bei diversen „geschichtlichen“ Vorträgen bei NPD und Neonaziveranstaltungen, Wolfgang Juchem genießt einen guten Ruf und ist eine Integrationsfigur im rechtsextremistischen Lager. Schließlich wurde die Veranstaltung von den Hausherrn der Burschenschaft Teutonia-Germania abgeblasen, da sie angesichts antifaschistischer Proteste um ihr Renommee besorgt waren. Es erfolgte keine öffentliche Auseinandersetzung oder eine Distanzierung von Seiten der Soldatenverbände.

Das pauschale Bekenntnis der Kameradschaft Marburger Jäger zum Grundgesetz der BRD ist unglaublich, da ihre Verbindungen und Verflechtungen, ihre Haltung und ihre politische Ausrichtung eine andere Bewertung zulassen. Die aufgezeigten Sachverhalte lassen vermuten, dass die Kameradschaft Marburger Jäger nichts an ihren militaristischen und rechten Traditionen verändert hat und deshalb als integrativer Bestandteil des rechtsgerichteten Lagers angesehen werden muss.

Die Kameradschaft Marburger Jäger versucht mit der Aufstellung des Denkmals in Bortshausen ihre militaristischen und rückwärtsgewandten politischen Standpunkte mit der Glorifizierung des Soldatentums in die Bevölkerung und in das Alltagsleben zu tragen. Dem stellen wir uns mit den betroffenen Anwohner_innen entschieden entgegen und fordern die Kameradschaft Marburger Jäger auf, Farbe zu bekennen, ihre Geschichte aufzuarbeiten, sich von rechtsextremistischen und revisionistischen Standpunkten zu distanzieren und das Denkmal abzubauen. ☺

Die Fördergemeinschaft für Soldatenverbände als „Durchlauferhitzer“ der Kameradschaft Marburger Jäger

Mit der Fusion der Kameradschaft Marburger Jäger mit der Fördergemeinschaft für Soldatenverbände ist sie zum Sammelbecken Rechtsextremer aus allen Bereichen geworden.

Von Friedhelm Schwarzer

Die Kameradschaft Marburger Jäger (KMJ) mag ja seit ihrer Gründung 1979 einer der üblichen militärischen Traditionsverbände gewesen sein. Interessant wird der Verein ab 2003, als die KMJ mit der Fördergemeinschaft für Soldatenverbände (FfS) über eine Fusion einig wurde, die dann später vollzogen wurde. Dies wurde notwendig, weil den ehemaligen Mitgliedern der militärischen Verbände natürliche Grenzen in der Tätigkeit im Verein gesetzt waren und deshalb jüngere Mitstreiter gesucht wurden. Die FfS nahm das Angebot dankend an.*



Das Revier in Bortshausen wurde markiert.

Die FfS sah ihre Ziele in der Volksbildung weitaus aggressiver als die KMJ. In diversen Flugblätter wurde gegen eine „Vereinigte linke Volksfront“ in Marburg gehetzt, die aus „Stalins proletarischen Kämpfern, Stalins 68ern und deren Helfern“ bestehe, welche die „Zerschlagung des bürgerlichen Lagers“ zum Ziel haben. Abheben wollte man sich „von allen Spießbürgern, Laumännern und Leisetretern, die ihren Kopf in den Sand stecken“. Die Mitglieder der FfS waren demzufolge unter anderem auch in den Parteien der NPD und den Republikanern, sowie in den bekannten rechten studentischen Burschen-

schaften Rheinfranken, Normannia-Leipzig und Germania organisiert.

Einer ihrer Protagonisten ist Klaus-Jürgen Böckler, derzeit 2. Vorsitzender der KMJ. Er war 1. Vorsitzender der FfS im Jahre 2001, als Wolfgang Juchem einen Vortrag abhalten wollte, der von Antifaschist_innen verhindert worden ist. Damals rechtfertigte er sich in der Marburger Neuen Zeitung vom 17. August 2001 damit, dass er von dem Vortrag im Einzelnen nichts gewußt hatte, weil er sich nicht um jedes Detail kümmern könne. Im Marburger Stadtmagazin Express wird er mit den Worten zitiert: „Auch wenn ich gewusst hätte, was ihm (Wolfgang Juchem, die Red.) vorgeworfen wird, hätte ich ihn trotzdem eingeladen...“ (denn) daß hier und da Menschen eingeladen werden, die von anderen gemieden und bekämpft werden, das stört uns letzten Endes gar nicht“ (Express Nr. 45/2001 vom 9. November 2001). Böcklers Gesinnung wurde ihm auch in seiner Tätigkeit als freiwilliger Polizeihelfer in Marburg zum Verhängnis. Er wurde entlassen, unter anderem deshalb, weil er an einer Veranstaltung bei der Burschenschaft Rheinfranken mit Franz Schönhuber teilgenommen hatte. Er versteht das bis heute nicht, seien doch die Veranstaltungen bei den Rheinfranken stets ausgewogen (Oberhessische Presse vom 21. August 2007).

Böckler ist es auch, der einen Leserbrief in der Oberhessischen Presse vom 17. September 2011 veröffentlicht bekommt. Darin hetzt er gegen die Partei „Die Linke“ und ganz allgemein gegen Linke, die offenbar „neue Wege für die Erreichung des Kommunismus propagieren“. Er steigert sich dann am Ende in die Aussage: „Mit dem Denkmal gedenken wir der Toten der Kriege und der Toten, die durch den Kommunismus zu beklagen sind“. Nicht zufällig wird Herr Böckler vergessen haben, auch

auf die Opfer des Faschismus hinzuweisen, denen er offenbar nicht zu gedenken bereit ist.

Das Denkmal ist nicht zuletzt deshalb kein Mahnmal für getötete Soldaten, sondern das was ihre Aufsteller darin sehen: ein Mahnmal für vergangene Zeiten, denen sie nachtrauern. Das Kriegsdenkmal hat in Bortshausen und auch anderswo nichts zu suchen.

Stadt kündigt Kooperation auf

Offenbar gibt es keine rechtliche Handhabe zur Beseitigung des Denkmals in Bortshausen, weil es auf Privatgelände errichtet worden ist. Immerhin beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 30. September 2011 mit den Stimmen von SPD, Grünen und Die Linke unter anderem, dass die „Kooperationen zwischen der Stadt Marburg und der Kameradschaft Marburger Jäger / Fördergemeinschaft für Soldatenverbände im Landkreis Marburg-Biedenkopf e.V., wie etwa bei der Marburger Vereinsmesse oder dem Offenen Tag des Denkmals“ eingestellt werden. 

* Der derzeit korrekte Name des Vereins ist „Kameradschaft Marburger Jäger – 2. Panzergrenadierdivision“. Erst Anfang dieses Jahres wurde der Vereinsname um den Zusatz „Fördergemeinschaft für Soldatenverbände“ wieder gekürzt. Die Behauptung jetzt nichts mehr mit der FfS zu tun zu haben ist lächerlich, weil die KMJ sich weder von der FfS distanziert, noch die ex-Mitglieder der FfS die KMJ verlassen haben.

Und die Reaktion der Marburger Jäger?

Die Kritik an ihnen und ihrem Militarismus ließen die Marburger Jäger nicht unbeantwortet: Mit juristischen Mitteln versuchen sie nun, gegen ihnen missliebige Personen vorzugehen.

Redaktion

Als Reaktion auf eine Pressemitteilung der Partei Die Linke Marburg-Biedenkopf vom 6. September 2011 wurde der Stadtverordnete Jan Schalauske von Klaus J. Böckler (Stellvertretender Vorsitzender der „Kameradschaft Marburger Jäger / 2. Panzergrenadierdivision“) bei der Staatsanwaltschaft Marburg angezeigt. Schalauske wird vorgeworfen sich durch eine Äußerung in der ge-

nannten Pressemitteilung („Die ‚Kameradschaft Marburger Jäger‘ hat in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass es ihnen nicht um eine Aufarbeitung der problematischen Geschichte dieser Militäreinheit geht, sondern um eine Beschönigung des deutschen Militarismus und seiner Verbrechen.“) der üblen Nachrede und der Verleumdung schuldig gemacht zu haben. Wer nun erwartet hat, dass

dieses Ermittlungsverfahren sofort eingestellt werden würde, täuscht sich jedoch. Stattdessen erhielt Schalauske eine Vorladung der Polizei, Abteilung für Staatsschutz.

Wir dokumentieren im Folgenden eine Solidaritätserklärung des „Marburger Bündnis Nein zum Krieg“ und des „Bündnis gegen Rechts“.

Gegen die Kriminalisierung antimilitaristischen Protests - Solidarität mit Jan Schalauske!

Das Marburger Bündnis Nein zum Krieg und das Bündnis gegen Rechts haben die Errichtung eines Kriegerdenkmals für die „Marburger Jäger“ in Marburg-Bortshausen vehement kritisiert. Im Rahmen unseres Protestes wurde gegen den Stadtverordneten der Marburger Linken Jan Schalauske eine Strafanzeige von dem Mitglied der „Kameradschaft Marburger Jäger“ Klaus J. Böckler erstattet – wegen angeblicher politisch motivierter Verleumdung und übler Nachrede.

Wir betrachten diese Anzeige als einen Angriff gegen unser aller antimilitaristisches Engagement und erklären uns solidarisch mit Jan Schalauske. Wir stehen inhaltlich in allen Punkten hinter der Kritik an der „Kameradschaft Marburger Jäger“ und ihrem verlogenen Umgang mit der eigenen Geschichte. Sämtliche in der angegriffenen Presseerklärung gemachten Aussagen sind akkurat recherchiert, vielfältig belegt und überschreiten zudem nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Wir fordern die „Kameradschaft Marburger Jäger“ hiermit auf, die Anzeige unverzüglich zurückzuziehen und sich endlich mit der Aufarbeitung der problematischen Geschichte der „Marburger Jäger“ zu befassen.

Des Weiteren kritisieren wir das Verhalten der Staatsanwaltschaft. Ausgerechnet in Zeiten, in denen das Ausmaß neofaschistischer Gewalt und von Rechtsterrorismus Schritt für Schritt ans Tageslicht kommt, wird einer von uns aufgrund einer antimilitaristischen Meinungsäußerung kriminalisiert. Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens.

Impressum

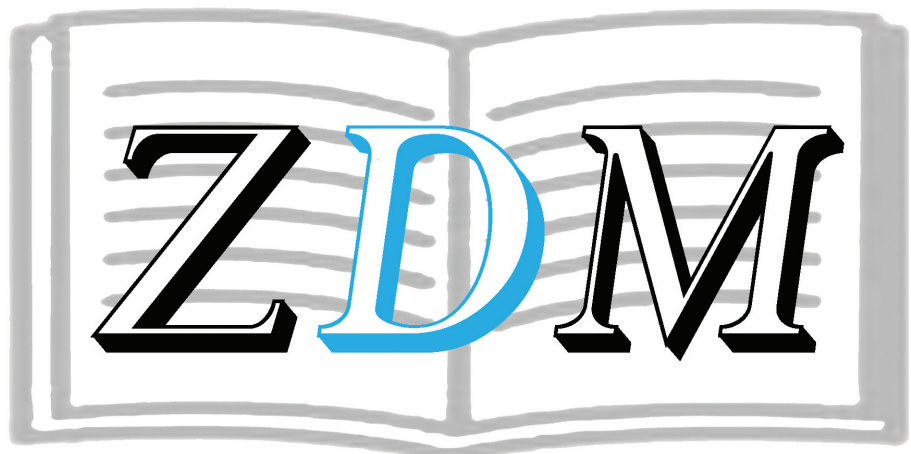
Interner Rundbrief für
Freund_innen und Förder_innen der

Zeitgeschichtlichen
Dokumentationsstelle
Marburg e.V.

Postfach 2327
35011 Marburg

E-Mail: info@zdm-online.de
Homepage: <http://zdm-online.de>

Auflage: 500 Stk.
Erscheinungsform: vierteljährlich
V.i.S.d.P.: ZDM e.V.



Erlesenes aus dem Archiv

Rezensionen unserer Neuzugänge

Rechtsextremismus und Gender.

Birsl, Ursula (Hrsg.).
Verlag Barbara Budrich. Opladen, 2011.



Die Frage nach der Rolle der Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten ist keine neue. Seit Anfang der 1990er Jahre beschäftigt sie Teile der Forschungslandschaft und hat einige vermeintliche Gewissheiten ins Wanken gebracht. Etwa was die Vielfältigkeit von Weiblichkeitskonstruktionen angeht. Leider gehört die geschlechtssensible Analyse jedoch bis jetzt nicht zum Standard der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Der nun erschienene Band ist ein lobenswerter Versuch die Debatte zu bündeln. Der Band spannt den Bogen von einordnenden Artikeln, über die Konstruktion und Verschränkung von Geschlechtern in der extremen Rechten, über Analysen von Einstellungen, Zugängen und Gelegenheitsstrukturen und schließt mit zwei Berichten aus der gendersensiblen Praxis. Besonders hervorzuheben, sind die thematische Einordnung von Birgitt Rommelspacher und die Texte zur Konstruktion von Geschlecht. Rommelspachers Text bietet einen guten Einblick in die vielfältigen Geschlechterrollenkonstruktionen innerhalb der extremen Rechten. Die darauf folgenden vier Beiträge tragen interessante Überlegungen zu den Konstruktionsmodi der Geschlechter in der extremen Rechten zusammen. Abschließende

Befunde können hier jedoch nicht erwartet werden. Das dritte Kapitel versammelt unter dem Titel Einstellungen, Zugänge, Gelegenheitsstrukturen eine recht bunte thematische Mischung von Texten. Von Einstellungspotentialen bis hin zu Einstiegswegen in die rechte Szene reicht die Spannweite. Positiv ist, dass an mehreren Stellen im Sammelband eine kritische Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie zu finden ist. Ein lesenswertes Buch, das hoffentlich nicht der letzte Beitrag in der Debatte bleibt. 

Benno Hinig

[r]echte Kerle – Zur Kumpanei der MännerRechtsbewegung.

Kemper, Andreas.
Unrast Verlag. Münster, 2011.



Die Aussagen, dass Jungen im „feminisierten Elementarbereich“ benachteiligt und/oder dass Männer von dem Konzept Gendermainstreaming diskriminiert werden, sind nicht neu und erleben immer mal wieder Hochkonjunktur in der politischen Debatte um Diskriminierung aufgrund von Geschlecht. Einher geht damit die Stilisierung des Mannes zum Opfer, denn der Mann leide unter der „Femokratie“ in der hiesigen Gesellschaft. Beim näheren Hinschauen wird dabei ein patriarchales und heterosexistisches Welt-

bild deutlich, welches den Hintergrund der Argumentation, Männer seien in der Krise, aufzeigt.

Andreas Kemper möchte dem entgegenwirken, indem er auf der einen Seite sowohl die Kontinuitäten als auch die inhaltlichen Brüche der Männerbewegung in der BRD skizziert. Dabei bezieht er sich auch auf Männerbewegungen in den USA. So ist damals aus der linksradikalen sowie der schwulen Szene der 70er Jahre eine Männergruppenszene in Westdeutschland entstanden. Diese hinterfragten den heterosexuell orientierten Mann als patriarchales Konstrukt und verstanden sich als profeministische Bewegung. Die jeweiligen Ausführungen und literarischen Verweise von Andreas Kemper zu den (autonomen) Männerbewegungen in den 1970er, 80er und 90er Jahren machen den Leser_in neugierig und ermöglichen ihm_ihr sich vertiefend mit der Thematik auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite thematisiert Kemper die Väter- und Männerrechtsbewegung in der BRD. Dabei stellt er die (inhaltlichen und auch personellen) Verbindungen der Männer-, und Väterrechtsbewegung zur extremen Rechten dar und verdeutlicht ihre antidemokratischen, homophoben und antifeministischen Bestrebungen, die sich auch an antisemitischen und rassistischen Weltbildern bedienen. Dies untermauert er u.a. mit aktuellen Beispielen aus der Piratenpartei, die eine Plattform für Väter- und Männerrechtler darstellt. Das Ziel dieser Bewegung wird dabei ersichtlich: der Kampf gegen den Abbau von männlichen Privilegien in dieser Gesellschaft. Und genau diese Thematisierung macht das Buch wichtig und aktuell, denn es leistet einen Beitrag, um die Aktivitäten der Väter- und Männerbewegung aufzudecken und bietet argumentatives Futter, sich dieser Bewegung entgegenzustellen. 

Tim Neumann

Antifa. Geschichte und Organisation.

Keller, Mirja / Kögler, Lena / Krawinkel, Moritz / Schlemmermeyer, Jan.
Schmetterling Verlag. Stuttgart, 2011.



Eines der jüngsten Werke in der beliebten Reihe „theorie.org“ des Schmetterling Verlags befasst sich mit dem für die Linke stets wichtigen Thema „Antifa - Geschichte und Organisation“. Dafür schlagen die Autor_innen einen Bogen von der historischen „antifaschistischen Aktion“ von 1932 bis zur autonomen Antifa und ihrer verschiedenen Ausdifferenzierungen. Schwerpunkt des Buches ist folglich jener Antifaschismus, welcher den Kampf gegen den Faschismus „immer auch als einen Kampf gegen seine gesellschaftlichen Grundlagen (...) begriffen hat“.

Dass diese Wurzeln jedoch durchaus unterschiedlich zu interpretieren sind, wird an den vielen Ereignissen, Organisationen und Debatten deutlich, welche schlaglichtartig dargestellt werden. Die Frage, was der Faschismus bzw. in Deutschland der Nationalsozialismus genau ist, gegen den sich die aktuelle und die historische „antifaschistische Aktion“ richtet, zieht sich folglich durch das gesamte Buch. Insbesondere dargestellt wird die vielfältige Theorie und Praxis ab den 1980er Jahren: Vom KB bis zu den Autonomen der 80er Jahre, Fantifas, AA/BO und BAT, IL und ...ums ganze sowie einigem mehr wird die ganze Bandbreite an dem was sich unter Antifa verstehen lässt, vorgestellt.

Wer jedoch die „Brüche, Kontroversen und Neuausrichtungen“ in der Geschichte der Antifa wirklich verstehen und für die eigene politische Arbeit nutzbar machen will,

wird nicht drum herum kommen, sich mit den Debatten in ausführlicherer Form - im Original - zu beschäftigen. Hierfür gibt das Buch eine gute Anregung. 

Frank Pohlmann

Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“.

Friedrich, Sebastian (Hrsg.). edition assemblage. Münster, 2011.



Der Sammelband „Rassismus in der Leistungsgesellschaft“ nimmt Bezug auf die sogenannte Sarrazindebatte im Jahr 2010. Der Anspruch besteht darin, das gesellschaftliche Klima zu analysieren, in welchem die Debatte derartige Präsenz und Wirkmächtigkeit in der breiten Öffentlichkeit erlangen konnte: „Warum konnte das Buch eine derartige Wirkungskraft entfalten, während ähnliche Schriften oft ein glücklicherweise trauriges Buchhandel-Dasein fristen?“ (S. 8). In den thematisch sortierten Kapiteln „Migration und Rassismus“, „Bevölkerungs- und Biopolitik“, „Kapital und Nation“ sowie „Interventionen und Perspektiven“ finden sich dazu Beiträge unterschiedlichster Forschungsdisziplinen:

Yasemin Shooman attestiert zum Beispiel die „Fehlannahme, dass sich Rassismus nur da manifestiere, wo er auf einen biologistischen Rasse-Begriff rekurriert“ (S. 74) und stellt die Bedeutung von Kultur und Religion für heutige rassistische Weltbilder heraus. Juliane Karakayali zeigt den Zusammenhang zwischen der rassistischen Debatte um Bevölkerungspolitik zu „neoliberalisierten

Geschlechterkonzeptionen“ (S. 144) auf, während Jörg Kronauer Parallelen zieht zwischen der sarrazinischen Argumentation und Debatten deutscher Eliten, die sich nach einem stärkeren, „in der weltweiten Konkurrenz durchsetzungsfähigen“ (S. 227) deutschen Staat sehnen.

Der Sammelband lässt durch seine Vielfalt einen breiten Blick auf die Debatte um die Thesen Sarrazins zu. Es dürfte für die meisten Leser_innen etwas Interessantes dabei sein. 

Casimir de Rosagrano

VB Onlinerecherche. Die extreme Rechte im Vogelsbergkreis.

DGB Region Mittelhessen | Kreisverband Vogelsberg (Hrsg.). Gießen, 2011.



Auch mehrere Jahre nachdem die extreme Rechte im Vogelsbergkreis - insbesondere im Zusammenhang mit der Kameradschaft „Berserker Kirtorf“ - größere Beachtung fand, ist „rechts sein“ immer noch alltäglich in der Region. Dies arbeitet die vom DGB Mittelhessen herausgegebene Broschüre „VB-Onlinerecherche - Die extreme Rechte im Vogelsbergkreis“ detailliert heraus: Anhand von Profilen in sozialen Netzwerken von Personen im Landkreis sowie der Durchsicht unzähliger Fotos im Internet weisen die Autor_innen nach, dass es eine Vielzahl an Personen im Kreis gibt, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Die Spannweite reicht dabei vom rechtsoffenen Jugendlichen bis zum organisierten Neonazi. Eingebunden sind die Erkenntnisse in fundiertes Wissen über das Phänomen der extremen Rechten im Allgemeinen. Wer also einen Überblick über rechte Strukturen im Vogelsberg sucht liegt mit der Broschüre genau richtig. 

Frank Pohlmann

Marburger Burschen laden ein

Vorträge von extrem rechten Redner_innen haben bei Marburger DB-Verbindungen eine lange Tradition. Auch aktuell versuchen sie, extrem rechte Positionen salonfähig zu machen.

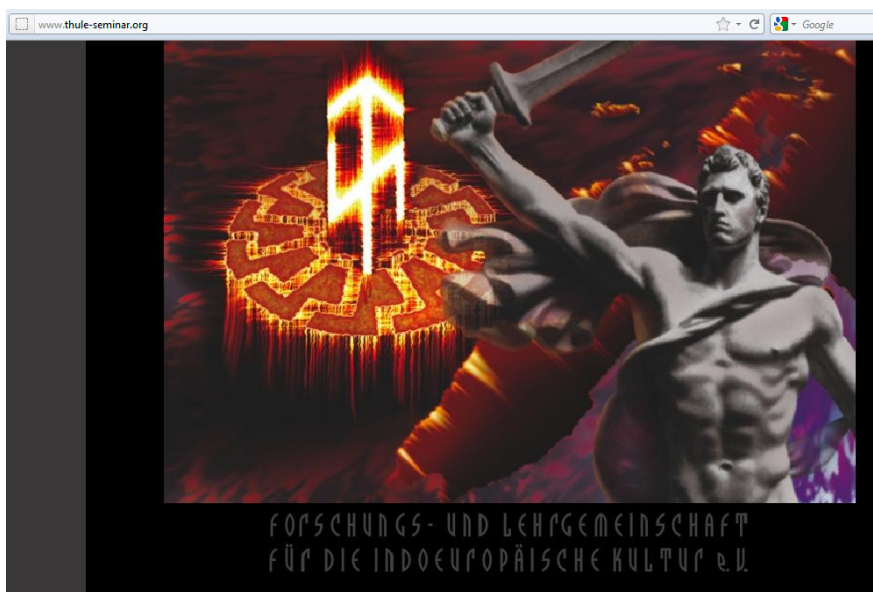
Von Casimir de Rosagrano

Erneut haben Burschenschaften in Marburg durch die Einladung von Referenten aus dem extrem rechten Spektrum von sich Reden gemacht. Die Marburger Burschenschaft Germania aus dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft (DB) hatte für den 24. November 2011 eine Veranstaltung mit dem extrem rechten Dr. Pierre Krebs geplant. Der Franzose Krebs sollte einen Vortrag zum Thema „Das Wesen des Faschismus nach der nicht herkömmlichen Darlegung des italienischen Philosophen Dr. Giorgio Locchi“ halten.

Germania und der rechte Rand

Pierre Krebs ist Gründer des Thule-Seminars, einer an die „Nouvelle Droite“ (Neue Rechte) aus Frankreich angelehnten Vereinigung, deren Ziel es ist, eine Modernisierung der extremen Rechten zu forcieren. Dabei fungiert das Thule-Seminar zum Beispiel durch zahlreiche Veröffentlichungen in erster Linie als Theorieorgan. Die Ideologie basiert auf einem heidnisch-germanischen Fundament als Grundlage für nationale Identität. Das Thule-Seminar ist unter anderem durch seine Kontakte zum militant neofaschistischen Spektrum bekannt geworden und als extrem rechte Vereinigung einzustufen. Zudem ist Krebs Mitglied der „Artgemeinschaft“, einer Organisation, die jahrelang vom mittlerweile verstorbenen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger angeführt wurde und die vom Bundestag im Jahr 2007 wie folgt charakterisiert wurde: „Rassistische und antisemitische Einstellungen haben hier einen hohen Stellenwert.“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4675, S. 59).

Krebs gilt somit als bekannter Vordenker der extremen Rechten. Er war bereits in den 80er Jahren mehrfach als Redner bei der Marburger Germania zu Gast. Die Pressesprecherin der antifaschistischen Gruppe 5, Sophia Stern, sagte dazu in einer



Faschistische Ästhetik auf der Internetseite des Thule Seminars.

Pressemitteilung: „Angesichts der aktuell öffentlich diskutierten Mordserie durch Neonazis halten wir es für absolut unerträglich, wenn Chefideologen dieser Szene in Marburg ungestört auftreten können! Die Theoretiker des Thule Seminars geben das ideologische Rüstzeug für mordende Rassisten. Dass die Burschenschaften der Deutschen Burschenschaft nicht davor zurückschrecken, solche Redner einzuladen, zeigt nur zu gut ihre Zugehörigkeit zur extremen Rechten.“

Aufgrund des öffentlichen Druckes und der Sorge um negative Schlagzeilen wurde die Veranstaltung dieses Mal kurzfristig abgesagt. Dr. Reinhard Peterhoff, Mitglied des Altherrenverbandes der Germania Marburg, erklärte sogar in einem OP-Leser_innenbrief, dass der Vortrag vom Altherrenverband „auch wegen der unlängst aufgedeckten politisch motivierten Morde der Zwickauer Täter“ abgesagt wurde. Wenn der öffentliche Trubel rund um die angesprochene Mordserie nachgelassen haben wird, darf also wieder mit extrem rechten Redner_innen auf dem Germanenhaus gerechnet werden.

Rheinfranken ebenfalls aktiv

Auch die Marburger DB-Burschenschaft Rheinfranken hatte für den 24. November eine Veranstaltung geplant. Eingeladen war Henry Nitzsche, der zum Thema „Die EU in der Krise - Gefahr oder Chance für Deutschland?“ sprechen sollte. Nitzsche hatte ab 2002 für die CDU im Bundestag gesessen, die Partei dann aber vier Jahre später verlassen, nachdem er wegen rassistischer Parolen massiv in die Kritik geraten war. Daraufhin wurde er von der NPD umworben und gründete 2008 die „Wählervereinigung Arbeit-Familie-Vaterland“. Auch die Veranstaltung mit Nitzsche wurde kurzfristig abgesagt.

Bereits im Oktober hatten sich extrem rechte Burschenschaften der DB aus ganz Deutschland auf dem Haus der Germania in Marburg zu einer sogenannten Sternkneipe versammelt. Am Vorabend hatte die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia, die ebenfalls zu der Sternkneipe eingeladen war, einen Vortrag mit Arne Schimmer veranstaltet. Schimmer ist Abgeordneter des sächsischen Landtages, natürlich für die NPD. 

Lokale Splitter und Glosse

Kurz notiert für Marburg und Umgebung

NPD-Demonstration in Gießen

Am 16. Juli 2011 fand in Gießen die bereits seit Herbst 2010 bundesweit beworbene Demonstration der hessischen NPD unter dem Motto „Das System ist am Ende - Wir sind die Wende“ statt. Anwesend waren trotz der langen Mobilisierungsphase nur 132 Nazis. Trotz der vielen Gegner_innen in der Stadt konnte die Demonstration letztendlich störungsfrei ablaufen. Der Grund hierfür dürfte bei der Polizei liegen, welche mit circa 3500 Personen anwesend war und damit einen absoluten Ausnahmezustand im kleinen Gießen herstellte.

Hessen

◦ 5 hours ago

ACHTUNG: Manuel Mann ist "aufgeflogen" - Mittelhessische Kameraden warnen. Er betreibt FN Mittelhessen weiter, obwohl Gruppe aufgelöst!

Meldung auf einer hessischen Website.

Der in Marburg hinlänglich bekannte Neonazi Manuel Mann befand sich nicht unter den angereisten Nazis, obwohl er in der Anfangsphase in die Mobilisierungsarbeit eingebunden war. Auf einer überregionalen extrem rechten Website hieß es dazu in einer Kurzmeldung, dass Manuel Mann „aufgeflogen“ sei und „mittelhessische Kameraden warnen“. Damit dürfte die Isolation Manns zur restlichen extrem rechten Szene in Hessen wiederhergestellt sein, in der Mann sich aufgrund verschiedener Vorkommnisse seit längerer Zeit befindet. 

Tagung darf nicht stattfinden

Am 15. Dezember 2011 sollte in Marburg eine vom „beratungsNetzwerk hessen“ organisierte Tagung unter dem Titel „Sicherheit oder Freiheit? Die Anschläge in Norwegen und die Folgen für unsere Werte, Haltungen und unsere Handlungspraxis“ stattfinden. Workshops sollten unter anderem zu den Themen „Die außerordentliche Bedrohung durch Terror von Rechts: Polizei und Gesellschaft“ sowie „Muslimfeindlichkeit: Einiges Banner des Rechtspopulismus“ angeboten werden. Der hessische Innenminister Boris Rhein war als Teilnehmer der Tagung angekündigt worden.

Wenige Tage vor der Tagung erfolgte die Absage: „Eine Fokussierung der Fachtagung auf die Ereignisse in Norwegen wird der derzeit geführten Diskussion zum Ausmaß des Rechtsterrorismus in Deutschland nicht gerecht. Die Lenkungsgruppe des ‚beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus‘ hat deshalb entschieden, die Fachtagung zu verschieben (...).“

Dies verwundert, da man davon ausgehen müsste, dass gerade in der jetzigen Situation Debatten und Analysen über rechten Terror stattfinden sollten. Über die tatsächlichen Hintergründe dieser Absage lässt sich nur spekulieren: Angesichts der Diskussionen um die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hatten vermutlich sowohl Innenminister Rhein als auch andere Vertreter_innen der Sicherheitsbehörden kein Interesse daran, sich kritischen Fragen zur Arbeit der Verfassungsschutzbehörden zu stellen. 

Emanzipatorische Fortschritte im Hinterland

Der Schreiberling der Oberhessischen Presse Matthias Mayer lässt uns am 26. September 2011 via Artikel an einer Gerichtsverhandlung in Kirchhain teilnehmen. Es geht um betrunkene Ehemänner, die ihre Frauen verprügeln. Wir erfahren dort ganz allgemein, dass dies in „einer bestimmten landsmannschaftlichen Gruppe in Stadtallendorf“ üblich ist. Ja da sind wir aber froh, dass der Schreiber nicht gleich Türken oder Russen geschrieben hat. Das wäre ja vielleicht rassistisch. Zumal wir weiter erfahren, dass auch besoffene Deutsche durchaus in der Lage sind handgreiflich zu werden. Mayer hätte die Formulierung auch weg lassen können. Aber so weit ist der Antirassismus im Hinterland noch nicht. Weiter erfahren wir, dass die verprügelte Frau bereits zum sechsten Mal wegen ähnlicher Übergriffe vor Gericht zu erscheinen hatte. Sie weiß sich, wie bei den anderen vorherigen Fällen, keinen anderen Rat, als nicht auszusagen. Das führt wieder zum Freispruch. Aber diesmal platzt dem Richter der Kragen. Er verwarnet den Angeklagten nachdrücklich. Das nächste Mal will er ermitteln lassen und zwar intensiv. Dann will er auch die Polizisten, die vor Ort waren, als Zeugen vorladen. Potz Blitz! Nach dem sechsten Mal wird ermittelt! Der Rechtsstaat ist noch in Ordnung, die Frau kann getrost nach Hause gehen. Leider erzählt der Artikel nicht, ob der Frau schon mal Hilfe angeboten wurde. Ist ja auch irgendwie selber schuld, wenn sie Angst hat. Aber nach der nachdrücklichen Warnung des Richters wird in dieser Ehe sicher wieder alles in Ordnung kommen und das Grundrecht auf Unversehrtheit der Person gewahrt bleiben. Frau wird auch im Hinterland nicht allein gelassen. 

Friedhelm Schwarzer

Das ZDM stellt sich vor

Die Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg (ZDM) e.V. ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein und macht seit mehr als 20 Jahren politische Bildungsarbeit im Raum Marburg. Wir informieren über Aktivitäten extrem rechter Organisationen, veröffentlichen die Zeitschrift „ZeitLupe“ und archivieren Publikationen zum Thema extreme Rechte. Unser unabhängiges Archiv umfasst die Themengebiete Nationalsozialismus, extreme Rechte, Antifaschismus, Revanchismus, religiöser Fundamentalismus und rechte Jugendkultur. Schwerpunkt der Sammlung sind Materialien, die in üblichen Biblio-

theken nicht oder kaum zu finden sind. Das gesammelte Material wird archiviert und ausgewertet. Die Schriftstücke und Dossiers werden interessierten Menschen zur Verfügung gestellt. Hauptsächlich werden Anfragen von Journalist_innen, Wissenschaftler_innen und Student_innen bedient. Im Laufe der Jahre sind zahlreiche Publikationen erschienen, die auf Auswertungen des ZDM zurückgegriffen haben, z.B. „Handbuch des deutschen Rechtsextremismus“, „Drahtzieher im rechten Netz“ und viele mehr. Das ZDM veröffentlicht eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift mit dem Titel „ZeitLupe“ (Auflage: 500 Stk.). Darin enthalten sind z.B. Analysen aktueller Ent-

wicklungen in der rechten Szene in und um Marburg und Rezensionen von Publikationen zu den Themen extreme Rechte und Antifaschismus. Das ZDM arbeitet mit vielen unabhängigen Organisationen zusammen und ist Mitglied im überregionalen „Horizonte e.V. - Netzwerk antirassistischer Bildung“. Horizonte, das ZDM und die anderen Gruppierungen haben in den letzten Jahren Vorträge und Veranstaltungen abgehalten, Seminare veranstaltet und Publikationen herausgebracht.

Fördern Sie das ZDM mit einer Spende!

Weitere Infos: www.zdm-online.de

Unten stehendes Formular senden Sie bitte an:

ZDM e.V.
Postfach 2327
35011 Marburg

Vielen Dank!

Unsere Bankverbindung für Ihre Spenden:

Kontoinhaberin: ZDM e.V.
Konto-Nr.: 17554808
BLZ: 51390000
Geldinstitut: Volksbank Mittelhessen

Fördermitgliedschaft

Als Spender_in bekommen Sie von uns die Zeitschrift „ZeitLupe“ vierteljährlich zugeschickt.

Hiermit erteile ich der Zeitgeschichtlichen Dokumentationsstelle Marburg e.V. eine jederzeit kündbare Einzugsermächtigung

über monatlich _____ Euro

Konto-Nr., Bankleitzahl

Name, Vorname oder Organisation/Firma

Straße, Haus-Nr.

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

E-Mail-Adresse

Spendenbescheinigung erwünscht
O Ja O Nein, nicht notwendig

Einmalige Spende / Dauerauftrag

- ☐ Ich habe einen Dauerauftrag eingerichtet.
☐ Ich habe einmalig _____ Euro überwiesen.

Meine Daten für die (bei Daueraufträgen jährliche) Spendenbescheinigung:

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

E-Mail-Adresse

Spendenbescheinigung erwünscht
O Ja O Nein, nicht notwendig

Für einmalige Spenden unter 100,- Euro genügt der Überweisungs- oder Einzahlungsbeleg und diese Bescheinigung.